

1933 noch unter den Folgen der großen Krise von 1929. So hatten die amerikanischen Universitäten in diesen Jahren rund 2000 Personen entlassen müssen.

Neben vielen Privatagenturen und Komitees entstanden vor allem drei große Hilfsorganisationen. Daneben gab es eine eigene „Universität im Exil“ an der New School for Social Research in New York. 1934 kam eine geschlossene Gruppe deutscher Gelehrter, als das Institut für Sozialforschung an der Universität in Frankfurt wegen staatsfeindlicher Tendenzen aufgelöst wurde. Diese Gruppe arbeitete nur für die Forschung an der Columbia-Universität in New York.

Der Einfluß der deutschen Geistes- und Sozialwissenschaftler läßt sich der Natur der Sache nach schwerer feststellen als jener der Naturwissenschaftler. Auf zwei Gebieten jedoch liegt er offen zutage, auf dem Gebiet der Kunstgeschichte und der Musikwissenschaft. Deutsche Gelehrte haben an mehreren Universitäten kunstgeschichtliche Bibliotheken aufgebaut, junge amerikanische Kunstgeschichtler zum erstenmal im eigenen Land ausgebildet und der amerikanischen Forschung viele von ihr bisher vernachlässigte Gebiete erschlossen. Ein Ähnliches gilt von der Musikwissenschaft. Auf den übrigen Gebieten ist der Einfluß schwerer festzustellen, da die amerikanische Forschung bereits vor 1933 mit der deutschen regen Austausch pflegte. Immerhin ist es bemerkenswert, daß heute die Lehrstühle für klassische Sprachen und alte Geschichte an den meisten großen Universitäten mit zentraleuropäischen Gelehrten besetzt sind. Im allgemeinen kann man sagen, daß die amerikanische Forschung durch die deutschen Gelehrten eine Bereicherung erfahren hat.

Für die Eingewanderten jedoch bedeuteten die ersten Jahre meist eine große Belastung wirtschaftlicher und geistiger Natur. Inzwischen hat sich aber die größere Mehrzahl von ihnen in Amerika beheimatet. Zum neuen Deutschland stehen sie im allgemeinen positiver als die nichtakademischen Berufe. (Helge Proß, Die deutsche akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933 bis 1941, Berlin 1955, Dunker & Humblot.)

*Zum belgischen Schulkampf.* In Belgien wird offenbar öfters der Versuch gemacht, politischen Zwiststoff durch aufregende Massendemonstrationen zu bereinigen. Wasserwerfer, berittene Polizei und verwundete Demonstranten erscheinen dann in den Wochenschauen des Auslandes. 1950 gelang es den belgischen Sozialisten, durch öffentliche Tumulte die Abdankung König Leopolds zu erzwingen, und im März dieses Jahres wurde Brüssel zum Schauplatz ähnlicher Proteste, die dem Schulprogramm der sozialistischen Regierung galten. Wie ist es möglich, daß in einem Lande, dessen Bevölkerung zu 90 Prozent katholisch ist, der Bestand katholischer Schulen mit so energischen Mitteln verteidigt wird?

Eine erste Erklärung dafür liegt in der fast unvermeidlichen Labilität jeder Regierung, die wie immer sie gebildet sein mag, eine fast gleichstarke Opposition gegen sich hat. Das politische Leben Belgiens wird hauptsächlich von zwei Parteien, der christlich-sozialen und der sozialistischen, geformt. Welche von beiden aber die Regierung bildet und sich im Parlament durchsetzt, darüber entscheidet eine dritte, verhältnismäßig unbedeutende, die liberale Partei, die im belgischen Parlament als Zünglein an der Waage wirkt. Mit ihren zwölf Stimmen kann sie sowohl der stärksten Partei des Landes, der 45stimmigen christlich-sozialen, wie auch der nicht viel schwächeren 40stimmigen sozialistischen Partei zur Mehrheit verhelfen. Verdankt aber eine Regierung ihre Macht dem erfolgreichen Umbuhlen einer Splitterpartei, dann leidet darunter das Ansehen ihrer Legitimität. Das hat die gegenwärtig amtierende sozialistische Regierung genau so wie die ihr vorangehende christliche erfahren müssen.

Im November vorigen Jahres brachte der sozialistische Erziehungsminister Leopold Collard einen Vorschlag ein, den Staatszuschuß für private, d. h. zumeist

katholische Schulen um etwa 40 Millionen DM zu kürzen. Die Schulen hätten dann, um weiterbestehen zu können, von den betreffenden Eltern Schulgeld fordern müssen. Auch sollten in Zukunft katholische Schulen nur noch nach Erweis ihrer wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit eröffnet werden dürfen. Es sah so aus, als sollte den staatlichen Schulen ein grundsätzlicher Vorzug gegenüber den freien Schulen zugeschanzt werden, ein Vorzug, kraft dessen man die belgische Jugend von zentraler Stelle aus allmählich im sozialistischen Sinne erziehen konnte. Während das katholische Schulwesen etwa 900 000 Schüler betreut, erfassen die staatlichen Schulen nur an die 700 000. Weil nur 45 Prozent der belgischen Bevölkerung ihren Glauben praktizieren, ist das nach sozialistischer Ansicht ein Mißverhältnis, das abgestellt werden müsse.

Herr Collard sollte indes bald erfahren, daß er mit seinen Plänen auf einen empfindlichen Nerv gestoßen war. Nach wiederholten Zwischenfällen in Löwen, bei denen sich katholische Studenten, Bergarbeiter und Bauern auf der einen, Polizei, Staatsmiliz, Sozialisten und Kommunisten auf der anderen Seite gegenüberstanden, kam es am 26. März zu einem Massenprotest in Brüssel, obwohl der dortige Bürgermeister, ein Liberaler, der vorhergegangenen Unruhen wegen die Stadt für diese Kundgebung gesperrt hatte. 7000 Polizisten und Miliz wurden aufgeboten, Brüssel in Ordnung zu halten. Die Demonstranten antworteten darauf mit der Aufstellung von Bereitschaften, die sie, wenn nötig, einsetzen wollten.

Zündstoff für Gewaltanwendung und raues Vorgehen der Polizei war also gegeben. Trotzdem wurde aus dem Protest kein Aufruhr; denn im allgemeinen hielt man sich in vernünftigen Grenzen. Was aber die Regierung bis dahin nicht hatte wahrhaben wollen: daß nämlich gegen die Abdrosselung katholischer Schulen eine ebenso volkstümliche wie handlungsfähige Opposition besteht, das war nicht mehr zu leugnen.

Dennoch behält der Hinweis auf die verhältnismäßig geringe Zahl praktizierender Katholiken seine Bedeutung. In ihr liegt in der Tat eine zweite Erklärung für die Möglichkeit und Heftigkeit des belgischen Schulkampfes. Zwar ist das sozialistische Argument, daß sich die Schülerzahl der katholischen Schulen nicht über den Anteil der ihren Glauben praktizierenden Bevölkerung erheben dürfe, hinfällig — oder müssen sich etwa in den Augen einer sozialistischen Regierung katholische Eltern ihr Recht auf die katholische Erziehung ihrer Kinder erst durch den Sakramentenempfang erwerben? —, doch laden gerade die zahlreichen Namenskatholiken M. Collard zu Experimenten im Schulwesen ein, von denen er sonst gewiß auch ohne Straßendemonstrationen seine Finger ließe. „Die katholische Welt wird während der nächsten Monate für das, was sich hier abspielt, ein waches Auge haben. Die Katholiken Belgiens brauchen das Gebet ihrer Brüder in anderen Ländern.“ (Vgl. „America“ 23. April 1955, S. 99.)

*Spannungen innerhalb der Freimaurerei.* Die Großloge von England besitzt in der Welt der Freimaurerei ein hohes Ansehen. Um so härter trifft es zwei von den drei großen Logen Frankreichs, daß sie trotz wiederholter Eingaben von der Großloge Englands nicht anerkannt werden. Man muß wissen, daß es in Frankreich folgende drei Logen gibt: 1) Le Grand Orient de France: rue Cadet. 2) La Grande Loge: rue de Puteaux. 3) La Grande Loge nationale française: boulevard Bineau, in Neuilly. Nur diese dritte Loge wird von der Großloge Englands anerkannt. Die beiden erstgenannten dagegen werden von ihr heftig abgelehnt, weil sie sich von den Grundprinzipien des Maurertums getrennt hätten. Als solche werden vor allem genannt: Der Glaube an Gott, den Weltbaumeister, der Glaube an die Bibel, an die Unsterblichkeit der Seele und andere Punkte. Das Maurertum, ursprünglich im Raum der mittelalterlichen Kirche im Schatten der Orden und Gilden erwachsen, besitzt in England einen stark traditionsgebundenen Charakter. Man kann